

Fritz B. Simon

Wenn rechts links ist und links rechts

Paradoxiemanagement in Familie,
Wirtschaft und Politik

2013

Mitglieder des wissenschaftlichen Beirats des Carl-Auer Verlags:

Prof. Dr. Rolf Arnold (Kaiserslautern)	Prof. Dr. Wolf Ritscher (Esslingen)
Prof. Dr. Dirk Baecker (Friedrichshafen)	Dr. Wilhelm Rotthaus (Bergheim bei Köln)
Prof. Dr. Bernhard Blanke (Hannover)	Prof. Dr. Arist von Schlippe (Witten/Herdecke)
Prof. Dr. Ulrich Clement (Heidelberg)	Dr. Gunther Schmidt (Heidelberg)
Prof. Dr. Jörg Fengler (Alfter bei Bonn)	Prof. Dr. Siegfried J. Schmidt (Münster)
Dr. Barbara Heitger (Wien)	Jakob R. Schneider (München)
Prof. Dr. Johannes Herwig-Lempp (Merseburg)	Prof. Dr. Jochen Schweitzer (Heidelberg)
Prof. Dr. Bruno Hildenbrand (Jena)	Prof. Dr. Fritz B. Simon (Berlin)
Prof. Dr. Karl L. Holtz (Heidelberg)	Dr. Therese Steiner (Embrach)
Prof. Dr. Heiko Kleve (Potsdam)	Prof. Dr. Dr. Helm Stierlin (Heidelberg)
Dr. Roswita Königswieser (Wien)	Karsten Trebesch (Berlin)
Prof. Dr. Jürgen Kriz (Osnabrück)	Bernhard Trenkle (Rottweil)
Prof. Dr. Friedebert Kröger (Heidelberg)	Prof. Dr. Sigrid Tschöpe-Scheffler (Köln)
Tom Levold (Köln)	Prof. Dr. Reinhard Voß (Koblenz)
Dr. Kurt Ludwig (Münster)	Dr. Gunthard Weber (Wiesloch)
Dr. Burkhard Peter (München)	Prof. Dr. Rudolf Wimmer (Wien)
Prof. Dr. Bernhard Pörksen (Tübingen)	Prof. Dr. Michael Wirsching (Freiburg)
Prof. Dr. Kersten Reich (Köln)	

Umschlaggestaltung: Uwe Göbel

Umschlagfoto: © cirquedesprit – fotolia.com;

© Ottefoto – photocase.com

Satz: Drißner-Design u. DTP, Meßstetten

Printed in Germany

Druck und Bindung: Freiburger Graphische Betriebe, www.fgb.de

Erste Auflage, 2013

ISBN 978-3-89670-884-7

© 2013 Carl-Auer-Systeme Verlag

und Verlagsbuchhandlung GmbH, Heidelberg

Alle Rechte vorbehalten

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische

Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Informationen zu unserem gesamten Programm, unseren Autoren
und zum Verlag finden Sie unter: www.carl-auer.de.

Wenn Sie Interesse an unseren monatlichen Nachrichten aus der Vangerowstraße haben,
können Sie unter <http://www.carl-auer.de/newsletter> den Newsletter abonnieren.

Carl-Auer Verlag GmbH

Vangerowstraße 14

69115 Heidelberg

Tel. o 62 21-64 38 o

Fax o 62 21-64 38 22

info@carl-auer.de

11 Was ist Terrorismus?

Projekt

»Krieg gegen den Terrorismus« mit diesem Slogan wurden nach den Attentaten des 11. September 2001 auf das World Trade Center in New York und das Pentagon in Washington die militärischen Aktionen gegen das Taliban-Regime in Afghanistan benannt. Doch was ist es, gegen das da Krieg geführt wurde, und kann man dagegen überhaupt Krieg führen? Denn der Begriff »Terrorismus« verweist wie andere Begriffe, die mit -ismus enden, nicht auf ein konkretes soziales System wie etwa eine Nation oder eine Armee, sondern auf eine Abstraktion. Befragt man das Fremdwörterlexikon, so werden unterschiedliche Bedeutungen damit verbunden: »-ismus« steht demnach für eine »philosophische, politische, künstlerische Lehrmeinung, Richtung« (wie in Rationalismus, Marxismus oder Impressionismus), eine »Gesamtheit von Vorgängen od. Erscheinungen« (wie in Organismus oder Magnetismus), eine »Abweichung von einem normalen Zustand« (wie in Mongolismus oder Albinismus) oder eine »Abwertung« (wie in Provinzialismus) (vgl. Duden 1974, S. 344).

Wie lässt sich, dies als Hintergrund, Terrorismus definieren? Dass solch eine Definition nicht einfach ist, bemerkt auch Walter Laqueur in seinem Standardwerk über Terrorismus:

»Jede Definition des politischen Terrors, die über die Feststellung der systematischen Anwendung von Mord, Verletzung und Zerstörung oder der Androhung solcher Taten mit politischem Ziel hinausgeht, wird notgedrungen zu endlosen Kontroversen führen. [...] Aller Wahrscheinlichkeit nach wird sich der Streit um eine umfassende, detaillierte Definition des Terrorismus noch lange Zeit hinziehen, zu keinem Konsens führen und nichts Nennenswertes zum Verständnis des Terrorismus beitragen« (Laquer 1987, S. 95).

Im Folgenden soll versucht werden, eine Definition von Terrorismus aus einer systemtheoretischen Perspektive zu liefern. Verbunden ist damit, einen Zugang zum Verständnis des Phänomens Terrorismus zu liefern, das nicht von vornherein einer positiven oder negativen Idealisierung unterworfen ist.

Terror/Schreck als Überraschung

Untersucht man den tatsächlichen Sprachgebrauch, so fällt auf, dass die Begriffe »Terrorismus« oder »Terrorist« so gut wie nie zur Selbstbeschreibung verwendet werden. Weder Personen oder Personengruppen noch andere soziale Einheiten charakterisieren sich selbst oder ihre Aktivitäten als terroristisch. Die Bezeichnung »Terrorist« wird eigentlich immer als Zuschreibung zu anderen verwendet – ein Hinweis darauf, dass es sich dabei nicht um die neutrale Benennung eines Phänomens handelt, sondern um eine Bewertung, genauer gesagt: eine negative Bewertung. Man gewinnt keine Freunde, keine Sympathien, wenn man als Terrorist betrachtet wird. Terroristische Aktionen werden von denen, die sie so nennen, als illegitim disqualifiziert.

Oft erfolgt diese Disqualifikation auch wechselseitig: A erklärt B zum Terroristen und B erklärt A zum Terroristen – so auch geschehen im verbalen Schlagabtausch zwischen den Sprechern der US-Regierung und der Taliban bzw. im videovermittelten Dialog zwischen George W. Bush und Osama bin Laden oder auch in der wechselseitigen Charakterisierung der israelischen und palästinensischen Aktivitäten seit Beginn der Intifadas.

Das Wort »terror« steht im Lateinischen für »Schreck« oder »Schrecken«, d. h. für ein psychisches Ereignis oder das Geschehen, das diese psychischen Wirkungen erzielt. Seine Übertragung auf politische Prozesse wurde erst in der Folge der Französischen Revolution vollzogen. In ihrem Gebrauch werden die Worte »Terror« und »Schreck« ebenso wie die dazugehörigen Verben »auf plötzliche gemüterschütterung, wie sie eine unerwartete gefahr hervorruft, seltener auch allgemeiner auf überraschung« bezogen (Grimm 1899, S. 1660). Die Diskontinuität, die den Schreck oder Schrecken kennzeichnet, zeigt sich etymologisch in seiner neuhochdeutschen Bedeutung »im sinne von ›sprung, risz‹« oder auch von »plötzlicher knall, donnerschlag« (ebd.). Sie wird oft noch durch Adjektive betont: »... man nennt den schrecken jäh, plötzlich, unerwartet« (Grimm 1899, S. 1663). Aber auch das, was den Schreck auslöst, wird Schreck genannt: »hier fließen die begriffe des intransitiven und des transitiven verbs ineinander« (ebd., S. 1666).

Wenn man der Analogie, möglicherweise auch Isomorphie, zwischen den psychischen und sozialen Prozessen nachspürt, die der Sprachgebrauch im politischen Kontext nahelegt, so scheinen mehrere

Merkmale charakteristisch für terroristische Aktivitäten: Es handelt sich um plötzliche Ereignisse, sie sind überraschend und unerwartet, mit Gefahr verbunden, und sie haben eine »Erschütterung des Gemüts« zur Folge. Allgemein kann Terror dieser Definition folgend als die plötzliche und schlagartige Enttäuschung eines Erwartungsmusters betrachtet werden, die individuell oder kollektiv mit dem Erleben von Gefahr verbunden ist. Eine als selbstverständlich vorausgesetzte Ordnung ist von einem Moment zum anderen gestört, eine Irritation oder Perturbation (Maturana 1978, S. 273 ff.) des Systems – sei es der Psyche, sei es des sozialen Systems –, auf die es bis zum Eintreten des Schrecks keine systematisierten Antwort- oder Kompensations-schemata entwickelt hat. Schreck führt zur Schockreaktion, er macht »starr« und »lähmt«, das heißt, die Handlungsfähigkeit ist, zumindest vorübergehend, beeinträchtigt, weil keine vorgegebenen Reaktionsmuster zur Verfügung stehen. Was man nicht erwartet, darauf kann man sich nicht vorbereiten, es überrascht.

Der Anschlag des 11. September 2001 weist all diese Merkmale auf. Obwohl Manhattan in unzähligen Romanen und Filmen zuvor schon das Objekt von Angriffen oder geplanten Anschlägen war, hat wohl kaum jemand ernsthaft erwartet, Zeuge solch eines ungeheuerlichen und plötzlichen Aktes der Zerstörung zu werden. In den literarischen Vorwegnahmen, die rückblickend betrachtet wohl eher den Charakter von Beschwörungen hatten, ging die Geschichte meist gut aus. Es gab zwar ein paar Verletzte und Tote, aber die Helden überlebten und Manhattan und alles, wofür es steht, ebenfalls. Doch am 11. September 2001 war es anders, man konnte nicht das Kino verlassen oder den Fernsehapparat abstellen und aufatmen: Gut, dass alles nur Fiktion ist!

Die Erschütterung, der sich wohl kaum ein Zuschauer, der den Zusammenbruch der Twin Towers am Fernsehapparat oder gar als Augenzeuge vor Ort sah, entziehen konnte, resultierte daraus, dass das Geschehen jenseits der stillschweigenden Vorannahmen über das, was möglich und unmöglich ist, lag. Es überraschte und enttäuschte die Erwartungen, weil entweder nicht vorstellbar war, dass jemand solche menschenverachtenden Aktionen vollziehen würde, oder aber weil man es nicht für möglich gehalten hätte, dass es technisch möglich wäre, die Sicherheitsvorkehrungen eines Staates wie den USA, der aktuell größten und stärksten politischen und militärischen Macht, zu überwinden. Ja, auch im Blick auf die Bautechnik hätten wohl nur Fachleute damit gerechnet, dass solch imponierende Gebäude so zer-

brechlich sind. Falls ein angeblich in Jalalabad gefundenes Video echt sein sollte, so hat offenbar auch Osama bin Laden – als ehemaliger Bauunternehmer ja auch irgendwie vom Fach – nur damit gerechnet, dass allein die obersten Stockwerke des World Trade Center einstürzen würden.

Unser alltägliches Weltbild setzt irrtümlicherweise eine gewisse Statik der Welt voraus, und wir bestätigen sie uns durch die Beständigkeit der von uns errichteten Gebäude. Wenn sie so leicht zum Einsturz gebracht werden können, hat das nicht nur Folgen für unsere Vorstellungen von der Stabilität von Hochhäusern, sondern auch die Verlässlichkeit anderer Strukturen wird in Zweifel gezogen. Der Schreck angesichts der Unzuverlässigkeit der Welt und der Unvorhersehbarkeit der Zukunft ist unvermeidlich.

Einmaligkeit des Schrecks

Nicht jeder Schreck, jeder Terror ist Element dessen, was als Terrorismus bezeichnet werden kann. Einmalig Schreck erzeugende Ereignisse (wie Erdbeben, Wirbelstürme, Flutwellen oder Unfälle: der Untergang der Titanic oder das Brennen von Häusern etc.) werden wie andere Traumata verarbeitet. Man vollzieht die notwendigen Aufräumarbeiten, betrauert – mal kürzer, mal länger – die Toten und geht dann irgendwann wieder zur Tagesordnung über. So war die Erleichterung groß, als sich 2001, nur kurz nach dem Anschlag auf das World Trade Center, beim Absturz des American-Airlines-Flugs Nr. 587 gleich nach dem Start vom Kennedy-Airport in New York herausstellte, dass es sich »nur« um einen Unfall handelte. Aus solchen Einzelereignissen zieht man im besten Fall noch Lehren für die Zukunft (man birgt Flugschreiber und Voicerecorder, wertet die Daten aus und entwickelt spezifische Absicherungsmaßnahmen, um ähnliche Katastrophen zu verhindern). Und dann vergisst man ganz schnell, was geschehen ist.

Alles, was nur einmal passiert, d. h. was sich nicht wiederholt, wird nicht erinnert. Und was nicht erinnert wird, ist vergessen. Und das kann es auch bleiben, weil sich in einmaligen Ereignissen kein Muster zeigt, das für die Zukunft und ihre Bewältigung relevant sein könnte. Das gilt auch für terroristische Aktionen. Jede Einzelaktion bleibt bezogen auf soziale Strukturen langfristig unwirksam, die »normalen« Erwartungsmuster der Teilnehmer am System werden durch sie lang-

fristig nicht verändert. Der Amokläufer, der am 28. September 2001 kurz nach 10 Uhr vormittags das Parlamentsgebäude des Schweizer Kantons Zug betrat und dort elf der 80 Abgeordneten erschoss, stellte damit nicht die Struktur des parlamentarischen Systems der Schweiz infrage. Hätte er seine Tat überlebt, wäre er aus dem Verkehr gezogen und entweder psychiatrischer Fürsorge und Kontrolle überantwortet oder aber als Straftäter verurteilt worden.

Auch Amokläufer – man kann ja fast täglich von ihnen in der Zeitung lesen – verbreiten Schrecken, aber sie werden im Allgemeinen nicht als Terroristen bezeichnet. Ihre Taten werden – unabhängig von der Definition, die sie ihnen selbst geben – nicht als Ausdruck einer politischen Richtung bewertet, sondern kausal den Tätern als Individuen zugeschrieben. Das soziale System – der Staat – ist durch ihre Tat nicht in seinen Grundfesten erschüttert oder gefährdet. Ganz im Gegenteil, die staatlichen Strukturen werden bestätigt, da für solche Personen ja bereits Organisationen und Institutionen bereitgehalten werden, die sich ihrer annehmen und dafür sorgen, dass sie derartige Aktionen (möglichst) nicht wiederholen. Man weiß, was man mit solchen Leuten zu tun hat. Eine Person hat sich gegen die Spielregeln der Gesellschaft (eine Menge von Erwartungen) gestellt, und die Gesellschaft hat Spielregeln für den Umgang mit denen, die sich nicht an die Spielregeln halten. Wer gegen sie verstößt, wird ausgeschlossen, und er hat damit zu rechnen, wenn er das tut. Da für den Staat die einzige Möglichkeit, ein Individuum tatsächlich auszuschließen, in dessen Vernichtung besteht, kommt es, falls dies nicht vorgesehen ist (Abschaffung der Todesstrafe), zur Paradoxie, dass man diejenigen, die ausgeschlossen werden sollen, einschließen muss. Sie können in eine Anstalt eingewiesen oder eingesperrt werden, sodass sie sich nicht an der »normalen« Kommunikation »draußen« beteiligen (und dann auch niemanden »erschrecken«) können. Aber dass ein Staat sich seine Anstalten leistet, ist ein Teil dieser Normalität. Wer aus ihr ausgeschlossen wird, wird in sie eingeschlossen. Wer drinnen ist, ist draußen, und wer draußen ist, ist drinnen. Und das alles ist ganz normal.

»Verrückte« und »Verbrecher« bedrohen die scheinbare Berechenbarkeit des gesellschaftlichen Lebens, wenn sie sich nicht an die Erwartungen halten. Damit erhöhen sie dessen Komplexität. Wenn ihr Verhalten durch individuelle Merkmale erklärt wird – ihre kriminelle Energie, ihre Geisteskrankheit oder beides: z. B. beim Amokläufer aus

Zug, von der Presse als »kleinkrimineller Psychopath« bezeichnet, und bei Anders Behring Breivik, der am 22. Juli 2011 in Oslo und auf der Insel Utoya 77 Menschen getötet hat und über dessen psychische Gesundheit oder Krankheit Gutachter streiten – eröffnet sich der Weg zur Reduktion dieser Komplexität. Die Störer der Ordnung werden als die (psychisch) »Gestörten« identifiziert. Die Störung außen – der sozialen Ordnung – wird durch eine Störung innen – in der Psyche des Täters – erklärt. Und in der Konsequenz werden gesellschaftliche Institutionen und Organisationen zur Bewältigung der mit dem Verhalten der »gestörten« Personen verbundenen Probleme geschaffen. Das Vertrauen, das den betreffenden Personen nicht gewährt wird, wird den gesellschaftlichen Institutionen und Organisationen gegeben, die sich um sie »kümmern«. Vertrauen als Mechanismus der Komplexitätsreduktion kann so wieder wirksam werden (Luhmann 1973).

Ganz anders die Situation beim Terroristen und beim Terrorismus.

Als am 13. Dezember 2001 fünf Attentäter einen Angriff auf das indische Parlament in New Delhi starteten, bei dem 13 Personen und die Attentäter ums Leben kamen, stellte sich nicht die Frage nach der geistigen Gesundheit der Täter. Es ist einfach zu unwahrscheinlich, dass fünf Personen gleichzeitig in derselben, gut organisierten Weise ausflippen. Die Tat wurde daher nicht als Symptomverhalten kleinkrimineller Psychopathen bewertet, sondern als terroristischer Akt.

Dauerhafte Erwartung des Unerwarteten

Wenn eine politische Strategie darauf beruht, systematisch Schrecken zu verbreiten, so wird ein Zustand angezielt, in der das Unerwartete erwartbar wird, ohne dass es dadurch berechenbar oder vorhersehbar wird. Das alltägliche Vertrauen, dass die Mitmenschen in einem bekannten sozialen Kontext nichts vollkommen Überraschendes tun werden, wird erschüttert. Der nette Student einer deutschen Fachhochschule mutiert zum Massenmörder, der Mitreisende auf dem Nebensitz zum Flugzeugentführer, der freundliche Nachbar zum Mitglied einer auf den Umsturz der Weltordnung zielenden, kriminellen Vereinigung. Und sie alle sind nicht allein, keine verrückten Einzeltäter, sondern sie gehören zu einer Organisation, das heißt, es gibt noch andere, »Schläfer«, von denen man noch nicht weiß, mit deren Erwachen man aber rechnen muss. Man muss damit rechnen, dass etwas Unberechenbares passiert. Von nun an könnte jeder nette Student sich

als Killer erweisen, und man besteigt in Zukunft das Flugzeug mit einem mulmigen Gefühl und betrachtet seine Nachbarn misstrauisch. Die prinzipielle Unberechenbarkeit und Nichtvorhersehbarkeit des Verhaltens eines jeden einzelnen Menschen, seine Nicht-Trivialität (von Foerster 1986), wird deutlich. Sie bestand zwar auch schon vor dem 11. September, aber nun wird sie schrecklich bewusst, und man fragt sich, warum nicht Paranoia der normale Geisteszustand der Menschheit ist.

Die Attentate vom 11. September 2001 unterschieden sich vom Zuger Amoklauf, nur wenige Tage später, in mehrfacher Hinsicht: Zum einen ließen sich die Flugzeuge nur als Bomben verwenden, wenn mehrere Attentäter kooperierten. Ein vermeintlich psychisch kranker Einzeltäter kam für die Taten nicht infrage. Eine Gruppe von Personen musste sich absprechen, Rollen und Aufgaben verteilen, und ihre Aktionen koordinieren. Ja, es bedurfte spezifischer Fähigkeiten und damit langfristiger Vorbereitungen, um die Aktion durchzuführen. Mehrere Personen mussten fliegen lernen – wenn auch vielleicht nur rudimentär. Da insgesamt vier Flugzeuge entführt wurden, bedurfte es darüber hinaus einer Koordination der vier Gruppen. All dies sind Aspekte von Organisationsprozessen. Dieser Organisationsgrad machte sie zu terroristischen Aktionen. Das World Trade Center zu zerstören, war zwar ein einmaliger, nicht wiederholbarer Vorgang, aber da diese Tat nicht einem Einzelnen kausal zugerechnet werden kann, muss mit der Wiederholung ähnlicher Anschläge gerechnet werden, solange die Organisation, der die Verantwortung für sie zugerechnet werden kann, nicht ihre Ziele erreicht hat. Terroristische Akte sind Mittel zum Zweck, sodass mit ihrer Wiederholung gerechnet werden muss, solange dieser Zweck nicht erreicht ist. Auch auf das World Trade Center in New York war bereits einmal ein Anschlag verübt worden. Da der erste Abrissversuch ohne Erfolg war, lag es nahe, es noch einmal zu versuchen – wenn auch überraschenderweise ganz anders als beim ersten Mal.

In diesem Zusammenhang müssen die Aktivitäten von terroristischen Organisationen von anderen Organisationen, die ebenfalls systematisch Gewalt anwenden, abgegrenzt werden. Dabei liegt der Unterschied nicht so sehr in der jeweiligen Motivation der Beteiligten (das vielleicht auch), sondern in der sozialen Wirkung. Auch kriminelle Vereinigungen, Banden, Gangs, die bei Raubüberfällen oder anderen Eigentumsdelikten Gewalt anwenden, sorgen für die Unberechenbar-

keit des sozialen Lebens. Allerdings verbreiten sie nicht Schrecken um des Schreckens willen, Unberechenbarkeit um der Unberechenbarkeit willen, sondern sie verfolgen Ziele, die einfühlbar und emotional nachvollziehbar sind (Beute machen, schnell reich werden usw.). Die ihren Taten zugeschriebenen Motive bleiben im Rahmen dessen, womit die Gesellschaft sowieso zu rechnen hat und womit sie auch rechnet (Stichwort: Regelverletzung durch Verrückte oder Verbrecher). Die »Hüter der Ordnung« kümmern sich um sie, und je besser sie das zu tun scheinen, umso sicherer fühlt sich der durchschnittliche Bürger.

Das Gegenbild zur terroristischen Vereinigung liefert unter den nicht-staatlichen, mit Gewalt drohenden und operierenden Organisationen die Mafia. Ihre Wirkung (um nicht zu sagen: Funktion) erlangt sie dadurch, dass sie Berechenbarkeit und Vertrauen »verkauft«, wo und wenn der Staat dies nicht gewährleisten kann. Wer sich dem Schutz einer ihrer »Familien« unterstellt, kann sicher sein, dass seine Interessen geschützt werden. Er braucht kein Vertrauen in die Prozeduren eines rechtsstaatlichen Systems zu haben, wenn alle Geschäftspartner wissen, dass er auf den Schutz durch einen mächtigen »Paten« vertrauen kann. Niemand wird es wagen, ihn zu betrügen, da er die drohenden Sanktionen voraussehen kann. Mafiöse Strukturen sorgen für die Reduktion der Komplexität, für Berechenbarkeit – das Produkt, das sie verkaufen, ist Vertrauen (vgl. Gambetta 1994, S. 107 ff.).

Im Unterschied zum Vertrauen, das durch rechtsstaatliche Strukturen gewährleistet wird, operiert die Mafia innerhalb eines bipolaren Freund-Feind-Schemas. Man kann sich drauf verlassen, dass man im Konfliktfall von der eigenen Familie geschützt wird (dafür bezahlt man schließlich) und man kann sich darauf verlassen, dass alle anderen das auch wissen. Das Vertrauen, das durch mafiöse Organisationen hergestellt wird, ist ein Vertrauen in die Parteilichkeit derer, die über die Gewalt verfügen.

Im Gegensatz zu terroristischen Vereinigungen versucht die Mafia aber nicht, eine bestehende staatliche, rechtliche oder Herrschaftsordnung infrage zu stellen, sondern sie tritt funktionell an deren Stelle. Sie setzen das Familienmodell, bei dem persönliche Zugehörigkeit für Sicherheit und Berechenbarkeit sorgt, an die Stelle eines staatlichen Vakuums. Mafiöse Strukturen entstehen zu Zeiten oder an Orten, wo der Staat seiner ordnenden Aufgabe nicht gerecht wird – wie im Sizilien des 19. Jahrhunderts (und auch heute teilweise noch) oder im nach-sowjetischen Russland. Staat und Mafia sind daher – funktionell

betrachtet – konkurrierende Anbieter desselben Produkts: Vertrauen und Berechenbarkeit. Und beide beruhen auf einem Gewaltmonopol (daher herrschen Mafia-Familien über klar getrennte Territorien – oder es kommt zum Krieg zwischen den Familien). Wendet die Mafia Gewalt an, so nutzt sie Schrecken als Machtmittel, ganz so, wie dies politische Machthaber immer wieder tun. Der Unterschied zu rechtsstaatlichen Strukturen besteht darin, dass der Staat seine Gewaltmittel im Konfliktfall idealerweise nicht parteilich, sondern neutral anwendet.

Terror als Machtmittel

Als Mittel der Politik ist Terror wahrscheinlich schon seit ewigen Zeiten verwendet worden, in das Bewusstsein der Historiker getreten und als solcher benannt ist er aber erst seit der Französischen Revolution, als in den Jahren 1793/94, nach der Entmachtung der Girondisten, bis zum Sturz Robespierres die Jakobiner durch »Schreckensherrschaft« (»terreur«) ihre Macht zu sichern suchten. Demselben Muster entsprechend wurde auch nach der Russischen Revolution durch Staatsterror der Widerstand gegen die bolschewistische Macht unterdrückt. Und auch das Taliban-Regime in Afghanistan nutzte terroristische Methoden, um seine Ziele durchzusetzen.

Gemeinsamer Nenner dieser Beispiele ist, dass Machthaber sich in ihrem Gebrauch von Gewalt als nicht berechenbar zeigen. Gewalt als Möglichkeit, das Leben oder die Gesundheit anderer Menschen zu bedrohen, ist eine Grundlage von Machtstrukturen. In der Interaktion und Kommunikation zwischen menschlichen Individuen wie zwischen sozialen Systemen gibt es keine geradlinigen Ursache-Wirkung-Beziehungen, das heißt in einer systemtheoretischen Konzeptualisierung: keine »instruktive Interaktion« (Maturana 1976, S. 243). Was immer ein Akteur tun mag, sein Interaktions- oder Kommunikationspartner hat unterschiedliche Möglichkeiten, darauf zu reagieren. Daher kann es nie zu einer Situation kommen, in der einer der Beteiligten den Zustand des anderen determiniert. Das Verhalten jedes dieser Systeme ist »struktur determiniert«, d. h. durch Ereignisse und Prozesse in seinem Inneren gesteuert. Dennoch gibt es Möglichkeiten, auf diese internen Prozesse von außen Einfluss zu nehmen, sodass »freiwillig« getan wird, was getan werden soll. Menschen erleben Schmerz, und Überleben ist für sie in der Regel ein Wert. Daher bildet die Bedrohung seines Lebens eine Argumenta-

tionsebene, der sich kaum ein Mensch entziehen kann, ungeachtet der Werte, denen er sich sonst verpflichtet fühlen mag. Gewaltanwendung ist eine Kommunikationsform, die kaum »ignoriert« werden kann (vgl. Luhmann 1975, S. 60 ff.). Sie eröffnet den vorzivilisierten Weg zur Macht: Der Stärkere setzt sich durch. Sie ist aber auch die Grundlage der Entwicklung des Staates.

Im Rahmen des Zivilisationsprozesses entwickeln sich soziale Strukturen, die dafür sorgen, dass die Macht des Stärkeren begrenzt wird. Die Gewaltanwendung wird entpersönlicht, monopolisiert und schließlich staatlichen Organen zugewiesen.

»Die Bedrohung, die der Mensch für den Menschen darstellt, ist durch die Bildung von Gewaltmonopolen einer strengeren Regelung unterworfen und wird berechenbarer. Der Alltag wird freier von Wendungen, die schockartig hereinbrechen« (Elias 1969, S. 325).

Wenn nun der Staat oder seine Vertreter ihr Gewaltmonopol in einer willkürlichen, d. h. keiner durchschaubaren Regel folgenden Weise nutzen, so führen sie dessen Funktion, für Berechenbarkeit des öffentlichen Lebens zu sorgen, ad absurdum. Dies ist ein Hinweis darauf, dass sie sich ihrer Macht nicht sicher sein können: Die Drohung mit Sanktionsmöglichkeiten reicht nicht aus, um Wohlverhalten zu erzielen. Durch Schrecken soll dann jede offene Infragestellung und jeder Widerstand gebrochen werden. Wo Macht akzeptiert ist, braucht sie nicht demonstriert zu werden (vgl. Luhmann 1975, S. 61 f.).

Staatsterrorismus ist in der Regel ein Beleg dafür, dass die Machthaber nicht als legitimiert betrachtet werden und daher auf vorzivilisierte Mittel zur Etablierung und Absicherung ihrer Herrschaft zurückgreifen müssen. Es ist also nicht erstaunlich, dass er historisch fast immer in revolutionären Phasen oder radikalen Umbruchphasen auftritt. Willkür und Beliebigkeit der Aktionen sind dabei ein wesentliches Element von Machtstrategien. Wer sich an Regeln hält, wird dadurch berechenbar, seine Freiheit ist begrenzt. Seine Reaktionen sind vorhersehbar, und er kann kontrolliert werden. Das ist der Grund dafür, warum ein Gewaltmonopol, dessen Vollzug durch Gesetze geregelt und begrenzt ist und das ohne Ansehen der Person praktiziert wird, als Merkmal der Unterscheidung für ein zivilisiertes soziales System betrachtet werden kann.

Terror als Mittel des Widerstands

Nach dem Zweiten Weltkrieg trat die Frage nach dem Verhältnis zwischen Kolonialmächten und kolonisierten Völkern in den Mittelpunkt der weltpolitischen Aufmerksamkeit. Die staatlichen Strukturen in den Kolonien waren europäischen Zuschnitts und die Regierung wurde von Fremden ausgeübt. In dem Maße, in dem deren Macht als illegitim erachtet wurde, kam es zum bewaffneten Widerstand gegen die Staatsgewalt. Aus Sicht der Machthaber waren dies terroristische Aktionen, während diejenigen, die gegen die Kolonialherren kämpften, sich als Freiheitskämpfer sahen.

Aus der Perspektive des außenstehenden Beobachters betrachtet, stellen gewalttätige Aktionen innerhalb eines staatlichen Gebildes durch seine Bürger immer eine Bedrohung für den Staat »an sich« (d. h. jeden Staat) dar. Es wird gegen sein Gewaltmonopol verstoßen und versucht, eine Gegenmacht zu installieren. Wenn es dem Staat nicht gelingt, für ein Mindestmaß an Berechenbarkeit, für Ruhe, Sicherheit und Ordnung zu sorgen, hat er eine seiner wesentlichen Funktionen verloren. Daher ist für diejenigen, die gegen seine Macht kämpfen, das Kämpfen an sich – d. h. die »terroristischen« Aktionen – schon ein Gewinn.

Wenn man Krieg als einen Konflikt definiert, bei dem das Überleben der Beteiligten auf dem Spiel steht, so kann solch eine Konfliktkonstellation als Krieg bezeichnet werden. Eine Gruppe von Menschen oder eine Organisation eröffnet den Kampf gegen einen Staat und versucht, ihn zu beseitigen. Es handelt sich dabei nicht mehr um das traditionelle Muster des Krieges, wie er während der letzten 200 Jahre bis zum Zweiten Weltkrieg ausgefochten wurde – hier standen sich Staaten gegenüber. Es gibt keine räumlichen Frontlinien mehr, keine abgegrenzten Territorien, die man zu erobern suchte, und es gibt zumindest auf der einen Seite keine hierarchischen, staatlichen Strukturen, die durch Kapitulation ihre Niederlage anerkennen und damit den Krieg beenden könnten. Der Militärhistoriker Martin van Creveld hat für diese Form des Krieges den Begriff »Low Intensity War« (van Creveld 1998, S. 45 ff.) geprägt (siehe ausführlich dazu Kapitel 8 in diesem Buch: »Krieg«). Während im traditionellen Krieg durch Konventionen die Unterscheidung zwischen Regierung, Kombattanten und Zivilbevölkerung (»trinitarischer Krieg«) als gemeinsame Grundlage akzeptiert war, ist in dieser neuen Form des Krieges dieser

Unterschied aufgehoben. Jeder Vertreter der herrschenden Macht wird als Feind betrachtet, jeder Zivilist wird als legitimes Opfer betrachtet. Das ist es, was die selbsternannten Freiheitskämpfer für die jeweils Herrschenden zu Terroristen macht.

Dies ist die Form des Terrorismus/Freiheitskampfes, der in Spanien (Katalonien, Baskenland) beobachtet werden kann, in Nordirland, in Palästina usw.

Das traditionelle Militär hat wenig Mittel gegen diese Form der Kriegführung, da der Gegner nicht zu erkennen ist, keine Uniform trägt und sich »wie der Fisch im Wasser« bewegt. Es kommt nicht darauf an, ein Territorium zu erobern, sondern die Unterstützung der Bevölkerung zu gewinnen. Da die kämpfenden Gruppen nicht immer klar gegeneinander abgegrenzt sind oder als Netzwerke funktionieren und oft keine hierarchische Struktur haben, fallen die traditionellen Kriterien für Sieg und Niederlage aus. Es stellt sich sogar die Frage, ob nicht die Polizei statt des Militärs zuständig ist. Schließlich handelt es sich um eine Bedrohung von innen, nicht den Angriff durch eine äußere Macht.

Die Missachtung des staatlichen Gewaltmonopols ist es, was die gegebene gesellschaftliche Ordnung infrage stellt. In diesem Sinne wird Terrorismus auch in Gesetzestexten definiert, falls er da überhaupt als Begriff vorkommt. So war Terror in der DDR ein Straftatbestand, den die §§ 101, 102 des Strafgesetzbuches als »Widerstands- oder Angriffshandlungen gegen die Staats- oder Gesellschaftsordnung« definierten. Weit weniger deutlich, da auf die Details der konkreten Tatbestände bezogen, ist das Strafrecht der Bundesrepublik Deutschland. Hier wird in § 129a StGB (Strafgesetzbuch) die »Bildung einer terroristischen Vereinigung« mit Strafe bedroht. Es handelt sich dabei um eine Vereinigung (drei und mehr Personen), deren Zwecke oder Tätigkeiten darauf gerichtet sind, Mord, Totschlag oder Völkermord, Straftaten gegen die persönliche Freiheit etc. zu begehen. Außerdem gibt es noch den Tatbestand der »Bildung bewaffneter Gruppen« (§127 StGB), der in diesem Zusammenhang relevant erscheint. Insgesamt zeigen diese Formulierungen die Fokussierung der Aufmerksamkeit auf konkrete Tatbestände, nicht auf die implizit mit derartigen Taten verbundene Bedrohung der staatlichen Ordnung. Sich »terroristisch« zu »vereinig« ist dieser Definition nach nicht eine politische Aktion, sondern banales Verbrechen, und die betreffenden Personen sind »normale« Straftäter. Die begangene Tat zählt, nicht das Motiv.

Der Anschlag des 11. September 2001: Globalisierung des Low Intensity Wars

Die Anschläge von New York und Washington fallen aus dem hier vorgezeichneten Rahmen. Sie sind nicht von den Einwohnern des Territoriums als Widerstand gegen die staatliche Macht vollzogen worden. Es waren Bürger mehrerer fremder Staaten, die innerhalb der USA für Tod und Zerstörung gesorgt haben. Aber sie waren nicht Repräsentanten dieser Staaten, sondern die Mitglieder einer nicht-staatlichen Organisation (Al Qaida). Es war kein Staat, der hier dem anderen den Krieg erklärte, sondern ein Haufen von Privatleuten forderte eine Weltmacht heraus. Und sie erwiesen sich dabei als effektiv und potent.

Die viel beschworene Veränderung der Welt nach dem 11. September 2001 besteht darin, dass Low Intensity Wars eine neue, globalisierte Dimension angenommen haben. Denn es ist nicht mehr die Ordnung eines einzelnen Staates, die angegriffen und zur Disposition gestellt wurde, sondern eine internationale Ordnung: die globale Dominanz des amerikanisch-westlichen Politik- und Wirtschaftssystems. Sie ist nur ansatz- und teilweise formalisiert und hat sich seit dem Scheitern des Sowjetexperiments entwickelt. Amerika steht symbolisch für diese Ordnung, und es forciert ihre weltweite Durchsetzung. Da es militärisch als Staat über die stärksten Machtmittel verfügt, hat es eine Position, die auf internationaler Ebene dem Gewaltmonopol des Staates vergleichbar ist. Allerdings ist diese Machtstellung nicht durch internationale Institutionen oder Willensbildungsprozesse legitimiert.

Die Anschläge vom September können daher als Kriegserklärung gegen die nach dem Ende des Sowjet-Imperiums entstandene Vorherrschaft Amerikas und des Westens in der Welt, zumindest aber über die arabische Welt verstanden werden. Es ist ein Krieg, der so lange dauern wird, wie es Personen, Gruppen oder Organisationen gibt, die diese Beziehungsdefinition nicht akzeptieren und bereit sind, aktiv gegen sie zu kämpfen, oder bis sich die Beziehung geändert hat. Denn der Krieg ist erst zu Ende, wenn beide Parteien sich darüber einig sind, dass er zu Ende ist.

Dass die USA einen Krieg gegen die damaligen Herrscher Afghanistans, die Taliban, geführt haben, kann als Versuch verstanden werden, den nicht-traditionellen Low Intensity War in einen traditionellen, trinitarischen Krieg zu verwandeln. Denn das ist es immer noch, worauf das Militär vorbereitet und wofür es gerüstet ist. Dass die

Angelegenheit damit nicht erledigt war, hat sich inzwischen erwiesen. Der Kampf in Afghanistan ist der längste Krieg in der Geschichte der USA ...

Demütigung – Symmetrie und Asymmetrie der Beziehung

Betrachtet man die psychologische und sozialpsychologische Dimension von Kriegen bzw. ihren Bedingungen, so drängt sich die Vermutung auf, dass materielle oder ökonomische Gründe eine eher untergeordnete Rolle dabei spielen. Vielmehr scheint es um Stolz und Ehre oder, wenn man dies auf die Kommunikationsebene bezieht, um Kränkung und Demütigung bzw. Rache und Vergeltung dafür zu gehen. Das gilt nicht nur für die bunte Vielfalt der Low Intensity Wars – die meist »asymmetrische Kriege« genannt werden –, sondern auch für die großen zwischenstaatlichen Kriege.

Die Bezeichnung »asymmetrische Kriege« ist aus systemtheoretischer Sicht irreführend, weil sie den wesentlichen Aspekt jeder Kriegführung außer Acht lässt bzw. sogar auf den Kopf stellt. Richtet man nämlich die Aufmerksamkeit auf die Beziehung der kämpfenden Parteien, so wird stets die Frage nach Symmetrie oder Asymmetrie der Beziehung im Krieg gestellt und – wenn er denn entschieden wird – beantwortet.

Analysiert man die Video-Äußerungen Osama bin Ladens, so war die Demütigung Amerikas das Ziel von Al Qaida. Amerika habe die islamischen Staaten gedemütigt, jetzt müsse Amerika gedemütigt werden. Dass dies mit dem Anschlag auf das World Trade Center als Symbol der amerikanischen Dominanz gelungen ist, zeigten die unmittelbaren Reaktionen der amerikanischen Bevölkerung und Regierung. Sie bestanden darin, trotzig – Pfeifen im Wald – die Großartigkeit und Überlegenheit Amerikas zu beschwören. Die Produktion von Fahnen erlebte eine nie geahnte Hochkonjunktur, und der Präsident sprach immer wieder markige Worte, in denen die sofortige Unterwerfung unter den Willen Amerikas von den vermeintlichen Unterstützern des Terrors gefordert wurde. Das Beziehungsangebot war eindeutig: Wer nicht für uns ist, ist gegen uns. Und wer gegen uns ist, kann mit keiner Milde rechnen. Die einzige Option, die angeboten wurde, war die Akzeptanz der Asymmetrie der Beziehung, d. h. die bewusste Wiederherstellung des Status quo ante, das Ungeschehenmachen

der politischen Wirkung der Anschläge. Denn die bestand darin, die Asymmetrie in der Beziehung zu Amerika infrage zu stellen.

Was terroristische Aktionen für diejenigen, die sie ausüben, so attraktiv macht, ist ihre unmittelbare Wirkung auf der Beziehungsebene. Wer Amerika in dieser Art herausfordert, stellt sich auf eine Stufe mit ihm, stellt seine Macht infrage. Gewalt als ein Kommunikationsmedium, das nicht gelehrt werden kann, sorgt dafür, dass man als Täter nicht nur wahrgenommen wird, man wird auch ernst genommen. Die Beziehung ist, solange der Kampf nicht entschieden ist, *symmetrisch* (!). Die Herstellung von Symmetrie, das zumindest vorübergehende Ende der Unterwerfung, ist eine der mit jedem Krieg verbundenen Wirkungen. Daher hat derjenige, der die Asymmetrie der Beziehung infrage stellen will, immer schon gewonnen, wenn er kämpft. Das tun allerdings die meisten Menschen nicht, weil sie – durch Sanktionsdrohungen beeindruckt – sich der größeren Macht unterwerfen. Wer weder Tod noch Teufel fürchtet und wer keinen Schmerz scheut, der braucht sich keiner weltlichen Macht zu fügen. Daraus resultiert die Kraft von Selbstmordattentätern.

Das Scheitern des Terrorismus

Die Philosophie des Terrorismus wird für die unterschiedlichsten politischen Ideen und Ziele in Gebrauch genommen. Dass sie aber »für alle Zwecke geeignet und wertfrei« (Laqueur 1987, S. 12) ist, wie gelegentlich behauptet wird, darf in Zweifel gezogen werden. Dadurch, dass sie systematisch auf das Mittel der »destruktiven Interaktion« zurückgreift, transportiert sie implizit Werte, die unabhängig von den jeweils offiziell propagierten Inhalten, Zielen und Zwecken sind.

Durch die Schaffung von Unberechenbarkeit stellen sie prinzipiell die jeweils aktuell praktizierten Ordnungen infrage und erhöhen die soziale Komplexität. Dies mag zwar mit einer auf positiv definierbare Ziele gerichteten Motivation begründet werden, die zerstörerischen Aktionen selbst haben aber nie eine direkte, positiv definierbare kreative oder schöpferische Wirkung. Aus der negativen Ziel- oder Wirkungsdefinition terroristischer Strategien resultiert kurzfristig ihr Erfolg, langfristig ihr Scheitern.

Kurzfristig kann ein gemeinsamer Gegner (sei es eine Person oder eine abstrakte Einheit, George W. Bush, Assad, Amerika, »der Westen« oder die Globalisierung) ein gemeinsames Ziel (»gegen ...«)

liefern, das Menschen und Organisationen zur Kooperation befähigt, die darüber hinaus wenig Gemeinsamkeiten besitzen. Die Einheiten, die so entstehen, sind aber in der Paradoxie gefangen, dass sie nur so lange bestehen, wie ihr eine gemeinsame Identität stiftender Gegner. Ist die Ordnung, gegen die es zu kämpfen gilt, zerstört, so löst sich auch die Vereinigung auf, die gegen sie kämpft. Sie hat ihren Sinn verloren. Langfristig haben negative Ziele generell keine ausreichend integrierende und sinnstiftende Wirkung auf soziale Systeme. Man wird Mitglied einer »terroristischen Vereinigung«, weil man eine Situation ändern will. Ist sie geändert, gibt es keinen hinreichenden Grund weiterzumachen.

Es liegt in der Logik des Terrorismus, dass er keine langfristigen Überlebenschancen hat. Der Schreck und die Schreckreaktionen, denen er seine Wirkung verdankt, sind immer nur Augenblicksereignisse. Werden sie nicht wiederholt, so werden sie vergessen. Ihre die Komplexität des sozialen Lebens erhöhende Wirkung verpufft, wenn man nicht weiter mit ihnen rechnen muss. Wenn sie aber wiederholt werden, d. h. wenn man mit ihnen rechnen muss, so werden früher oder später, um der Komplexitätsreduktion willen, nahezu zwangsläufig soziale Abwehr- und Kontrollmechanismen eingeführt, die wieder eine hinreichend durch die alltägliche Erfahrung gestützte Illusion der Berechenbarkeit herstellen (zum Beispiel die verstärkten Kontrollen für Flugpassagiere, einschließlich der Inspektion der Schuhsohlen und mit Bodyscanner).

Aber die Etablierung derartiger Kontrollmechanismen ist im Allgemeinen gar nicht nötig, da terroristische Vereinigungen nur eine geringe Überlebenszeit haben. Der eine Grund dafür ist die bereits erwähnte negative Zieldefinition. Organisationen existieren nur so lange, wie die Kommunikationen, die sie am Leben erhalten, vollzogen werden. Ohne »Gegner« keine Terroristen. Auch terroristische Vereinigungen brauchen Nachwuchs, das heißt, sie müssen neue Mitglieder anwerben, die sich dem gemeinsamen Ziel verschreiben und aktiv werden. Nur so wird ihr Überleben möglich oder gar wahrscheinlich. Für ein langes Leben brauchen sie daher zuverlässige und langlebige Gegner (die palästinensische Hamas hat beispielsweise den Staat Israel). Anders als bei Familien, Nationen oder Religionen, deren Mitgliedschaft man meist durch Geburt erwirbt, bedarf es der aktiven und bewussten Entscheidung, sich solch einer Organisation anzuschließen. Der Preis dafür ist aber sehr hoch, da er mit Ausgrenzung aus

der Gemeinschaft verbunden ist. Sich erwartbar (»angepasst«) seinen Mitmenschen gegenüber zu verhalten, ist für die meisten Menschen von so großem (psycho-) ökonomischem Vorteil, dass es sich auf lange Sicht nicht lohnt, den Freiraum der eigenen Verhaltensmöglichkeiten auszuschöpfen. Es muss also schon ein sehr hoher, alle anderen übersteigender Wert sein, um die eigene soziale oder gar physische Existenz – wie im Fall von Selbstmordattentätern – dafür zu opfern. Das stellt Anforderungen an die Großartigkeit der Gegner und schafft eine perverse Abhängigkeit von ihnen. Dadurch ist das Ende solcher Organisationen vorprogrammiert: Es gibt einfach nicht genügend Feinde, die wichtig genug wären, um derartige Opfer zu bringen.

Krieg gegen den Terrorismus?

Ist es, eingedenk dieser begrenzten Wahrscheinlichkeit des Überlebens terroristischer Vereinigungen, sinnvoll, »Krieg gegen den Terrorismus« zu führen?

Die Antwort kann – eingedenk der Logik von Kriegen und der Logik des Erhalts terroristischer Organisationen – nur nein lauten. Man kann den Terrorismus bekämpfen, aber man sollte keinen Krieg gegen ihn führen. Denn Kriege sind autopoietische Systeme, die sich durch die gegenseitigen Grausamkeiten der Kontrahenten die Gründe für ihre Fortsetzung selbst liefern. Sie führen dazu, dass die Welt sich bipolar organisiert, in Freund und Feind. Es gibt immer »Kollateralschäden« (z. B. bei Drohnenangriffen in Pakistan und Afghanistan), die zu neuen Feinden führen, zu neuen Rachebedürfnissen und »offenen Rechnungen«. Wie alles anfang, wird dann vergessen, in Erinnerung bleibt jeweils nur die letzte Untat des Gegners. Und damit werden durch den Krieg gegen den Terrorismus die Bedingungen für das Überleben des Terrorismus produziert: ein dauerhafter und überzeugender Feind, »gegen« den man sich vereinen kann und dessen Destruktion ein sinnstiftendes Ziel für die Organisation und die Rekrutierung ihrer Mitglieder bildet.

Krieg – auch der Krieg gegen Terroristen – ist, das muss hier ausdrücklich betont werden, ein Mittel der Konfliktlösung, das in der Evolution der menschlichen Gesellschaft seine Wurzeln auf einer vorzivilisierten Stufe hat. Wenn der Anschlag vom 11. September als Kriegserklärung gegen die Zivilisation bezeichnet wurde, so kann dem nur zugestimmt werden. Will man nicht auf derselben Ebene antwor-

ten, muss das Symmetrieangebot der Kriegserklärung zurückgewiesen werden und die Bewältigung des Terrorismus als Bestandteil einer Weltinnenpolitik verstanden werden. Denn Politik ist die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln – mit zivilisierten Mitteln. Es ist eine der Paradoxien des Zivilisationsprozesses, dass Konflikte oft nur vor dem Hintergrund eindeutiger Machtstrukturen gewaltfrei gelöst werden können und es dazu der Gewalt – des Gewaltmonopols – bedarf (vgl. Simon 2010). Wenn gewaltgestützte Macht parteilich ist, so wird sie immer nur vorübergehend aufrechterhalten werden können – bis die gegnerische Seite sich stark genug fühlt, um sie infrage zu stellen.

Um dies zu verhindern, bedarf es eines Gewaltmonopols, das neutral und unparteiisch agiert und mehrheitlich akzeptiert wird. Dies wird aber nur herzustellen sein, wenn solch eine Macht als legitim betrachtet wird. Sie darf im Konfliktfall nicht für eine bestimmte Partei vereinnehmbar sein, sondern sie muss für die Einhaltung durchschaubarer, im Idealfall verrechtlichter Prinzipien der Konfliktbewältigung eintreten und sie durchsetzen.

Der Nutzen prinzipiengleiteter, hierarchischer Strukturen besteht darin, dass sie die Bipolarität des Freund-Feind-Schemas aufheben können, ohne sie zu leugnen. Als neutraler Dritter kann sich die übergeordnete Macht in Konflikte einmischen und das kriegerische Ausfechten der Machtfrage verhindern (da sie von vornherein entschieden ist). Derartige Hierarchien entstehen und überleben im Rahmen der gesellschaftlichen Evolution nicht, weil irgendwer gerne in einer mächtigen Position wäre, sondern weil sie ökonomisch und funktionell sind. Sie sind verbunden mit einer Veränderung der Kommunikation von der Personen- und Parteiorientierung hin zur Sach- und Funktionsorientierung. Eine ihrer wichtigsten Wirkungen ist die Entlastung des Systems von der Notwendigkeit, Konflikte kommunikativ oder gewalttätig auszufechten. Das ökonomisiert die Entscheidungsprozesse im Blick auf den Zeitverbrauch wie die materiellen und immateriellen Kosten.